

Set dem wie ihm sei, jedenfalls besatz nun der Reichs-
kanzler eine Basis, auf der die Verhandlungen fortgeföhrt
werden konnten. Obwohl jedoch seit dem Empfang des vati-
kanischen Schreibens inzwischen ein Tag vergangen waren,
— ein Tag, in denen weiter gemordet wurde — richtete
die deutsche Regierung auch jetzt noch keine Antwort an den
Vertreter des Papstes. Sie wandte sich vielmehr an einen,
dem Herrn von Mühlmann befreundeten neutralen
Diplomaten, der sich direkt mit England in Verbindung
setzte.

Wir wissen nicht, in welcher Weise sich dieser große Un-
bekannte seines Austrags entledigte. Wir kennen aus den
Mitteilungen des Dr. Michaelis nur die ihm anebeneten
Instruktionen. Und in diesen Instruktionen ist — das muß
festgehalten werden — Meinen überhaupt nicht
erwähnt.

Außerdem hat der englische Minister des Auswärtigen,
Balfour, am 13. Dezember 1917 im Unterhause auf eine An-
frage geantwortet, die britische Regierung habe im Sep-
tember durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten die
Möglichkeit erhalten, daß es der deutschen Regierung Ver-
gnügen bereiten würde, eine Mitteilung
über den Frieden zu machen. Auf den Befehl
der britischen Regierung, sie sei bereit, eine solche Mitteilung
mitzugeben, habe sie dann nichts mehr gehört. Das
deutsche Auswärtige Amt hat dann der Öffentlichkeit An-
kündigungen über eine an Deutschland durch neutrale Ver-
mittlung ergangene Anfrage gemacht, aber bis heute ist nicht
klargestellt, was der Vertrauensmann des Herrn von Mühl-
mann tatsächlich in London gesagt hat.

Warum nun hat sich Herr Michaelis nicht unmittelbar
an den Vertreter des Papstes gewandt? Er bringt zur
Rechtfertigung seines merkwürdigen Verhaltens die klä-
rlichen Gründe vor. Erstens, so hat er, habe die Gefahr
bestanden, daß es sich darum handelte, Deutschland zu ent-
gegenkommener Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen
extravagananten Standpunkt aufzugeben, und daß dadurch die
Verhandlungen zu unsern Ungunsten verschoben würden.

Das mangelhafte Deutsch dieses Satzes verrät schon die
Verlegenheit des Schreibers. Ebenso gut ließe sich ja auch
der vollständige Bericht auf jede Verflüchtigung der päp-
stlichen Anfrage beziehen. In Wirklichkeit sträubte man
sich vor der Antwort, weil man sich in ihr über
Belgien äußern sollte, und was Michaelis jetzt vor-
bringt, ist eine kümmerliche Umschreibung des Willens,
Belgien, wenn irgend möglich, nicht aus der Hand zu geben
und es zum mindesten als Kompensationsobjekt für die
Friedensverhandlungen zu behalten. Es ist die ver-
fluchte Hauptplandtheorie, die hier wieder zum
Ausdruck kommt, und die so unendlich viel zur Verlängerung
des Krieges beigetragen hat. Sie offen zu ihr zu
bekennen, hätte die deutsche Regierung damals nicht den
Mut. Sie glatt preiszugeben, widersprach ihrer Auffassung
von staatsmännischer Gesandtschaft. Deshalb schloß sie
über das wichtigste Thema vollständig, so wie auch, als sie
sich schließlich am 21. September entschloß, dem Nuntius
Bacelli zu antworten und ludte ihr Teil in lästigem Drum-
herumreden und indem sie mehr oder weniger zweifelhafte
Mittelpersonen zum Ausbilden des Geaners verwandte.

Indessen bringt der ehemalige Reichskanzler noch einen
zweiten Grund vor, aus dem er sich nicht direkt wieder mit
dem Vatikan in Verbindung setzen habe. Es sei notwendig
gewesen, sich dies zuerst vorzunehmen, und die Verhandlungen
über die päpstliche Kurie hätten die Sicherheit der ver-
traulichen Verbindung nicht gefährdet, zumal da schon Herr
Erzberger vor der deutschen Regierung von dem Schreiben
des Nuntius gewußt habe.

Selbst diese Sorge um die Diskretion! Im demselben
Atemzug sieht sich Herr Michaelis aber zu der Mitteilung
genötigt, daß die Teilnehmer an dem Kronrat
nicht direkt gehalten haben. „Die Besprechung im Kronrat
und ihre Ziele blieben nicht verborgen“.

Wer mag da wohl gekündigt haben? Die Antwort
gibt Dr. Michaelis selbst, ohne es zu wollen: „Die friegeri-
schen Parteien in Deutschland, England und Frank-
reich hemdchelten sich der Anwesenheit, und die Folge war,
daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ab-
lehnte, daß selbst der englischen Regierung ein Friedens-
angebot gemacht sei.“

Wenn die friegerischen Parteien sich der Anwesenheit
hemdchelten, so hat also dererrat der Geheimnisse des
Kronrats in ihrem Interesse gelegen, und die Verfolgung
ist von denen getrieben worden, die die friegerischen
Parteien aufweckten wollten. Es liegt absolut klar auf der
Hand, daß die, denen das verfluchteste Ansehen in
den bekämpften Anwesenheit schon zu weit ging, die Friede-
denkmälerlichkeiten sabotiert haben. Braucht
man noch die Frage aufzuwerfen, welche Teilnehmer am
Kronrat die Schuldigen sind?

Über auch das muß festgestellt werden, daß sie die Ge-
legenheit zur Verlesung ihres Kommissärs nur durch die
Art und Weise der Behandlung der päpstlichen Anfrage er-
halten haben. Hätte man sich nicht des befreundeten Diplo-
maten bedient, sondern ungeachtet eine klare Antwort nach
Rom gerichtet, so wäre den „friegerischen Parteien“ kein
Spielraum für ihr schandwürdiges Treiben geblieben.

Eine Reihe von Fragen sind auch heute noch offen.
Warum hat Herr von Mühlmann, wie Ludendorff ver-
sichert, sich gegen eine Beeinflussung der öffentlichen
Meinung mit dem Ziel des Verzichts auf Belgien ausge-
sprochen? Warum hat er es abgelehnt, eine Erklärung über
Belgien abzugeben?

Weiter: Warum hat Herr Erzberger, vor von der
Mikro wachte, und aus dem Munde des Nuntius erfuhr,
daß der Vermittlungsversuch des Papstes scheiterte? Was
diese Dinge zwei Jahre lang in keinem Herzen Schreiben be-
wahrt und sie erst an die Öffentlichkeit gebracht, als es sich
um die Verteidigung seiner eigenen wertigen Person
handelte?

Endlich: Gaben außer Herrn Erzberger keine andern
Mitglieder des Kronrats und vor allem seine Führer
der rechtssozialistischen Partei Kenntnis, von der Sache ge-
hört? Auch nicht die, die in dem Stübchen saßen, haben
der Über die Verantwortung der neben der direkten An-
frage eingehenden Friedensnote des Papstes herbei?

Auf diese Fragen verlangt das deutsche Volk eine Ant-
wort. Aber auch, wenn sie nicht erteilt werden sollte, weiß
es schon heute genug. Es weiß, daß die Machthaber des
alten Regimes, geführt von dem Parlament, begehrt von
einer Partei, die sich sozialistisch nannte, ein schändliches
Spiel mit ihm getrieben haben, daß Prostitution und Er-
oberungsgier nicht nur den Krieg heraufbeschworen haben,
sondern ihn verlängerten bis zum völligen Zusammenbruch.

Das Urteil im Prozeß Reuring.

Im Prozeß wegen Ermordung des sächsischen
Kriegsministers Reuring wurde Sonnabends nachts
11 1/2 Uhr das Urteil verkündet. Warlich wurde zu drei Jahren
Gefängnis und fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehren-
rechte, Gottlieb, Bedler zu zwei Jahren sechs
Monaten Gefängnis, Kliner zu zwei Jahren Gefängnis, Schreiber
zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die An-
geklagten Feike, Heydemann, Krebs, Mettel und Thamm wurden
freigesprochen. Soweit Verurteilungen ausgesprochen waren, ge-
schähen diese nur wegen Kaufhandels, während die Schuld-
fragen nach gemeinschaftlicher Tötung oder nach gemeinschaft-
lichem Mord bei allen Angeklagten von den Geschworenen ver-
neint wurden.

Trotz der unerhörtesten wüsten Hebe der meisten bürger-
lichen und rechtssozialistischen Blätter, für welche die Angeklagten
von ersten Tage an die Mörder waren, und trotz der überhohen
Zustimmung, die insbesondere die rechtssozialistische „Dresdener
Volkszeitung“ durch die noch bei seinem früheren Prozeß an-
gewandte Praxis der vollständigen Veröffentlichung der tenden-
ziösen Anklageschrift geübt hatte, und durch die auf die Ge-
schworenen eingewirkt werden sollte, haben sich diese Männer
nicht betören lassen, vom Wege des Rechts abgesehen. Wir haben
vom ersten Tage, da die unselige Tat geschehen war, niemals
einen Zweifel darüber gefaßt, daß wir die Tat auf
das schärfste verdammen. Wir haben in gleicher
Weise unsere Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Täter eben-
so wenig aus reiner Notdurft oder aus Nachbegerie gehandelt
haben, wie die Tat, wie es gewisse Kreise gern hinstellen wollten,
die die Folge einer systematischen Hebe der unabhängigen so-
zialdemokratischen und der kommunistischen Partei gewesen ist, son-
dern daß sie die Folge eines nicht mehr zu zügelnden Ausdrucks
seiner durch die unerhörte Provokation und Reichfertigkeit der
Regierung aus höchste gesteigerten Erregung war. Verlauf und
Ausgang des Prozesses haben unserer Ansicht vollkommen Recht
gegeben, denn ebenso wie das Urteil erwiesen hat, daß gerade die
Angeklagten nicht zu denjenigen Personen gehört haben, die den
Minister Reuring in die Erde gestürzt und ihn dann erschossen
haben, so hat der Verlauf des Prozesses mit dem Märchen von den
aufgehenden Soldaten vollkommen aufgeräumt und hat gezeigt,
daß gerade jene reise, die die Schuld auf andere schieben wollen,
das größte Maß der Verantwortlichkeit an ihr tragen.

Seit Revolutionsbeginn hatten die Lazarettinsassen und das
Lazarettpersonal in Dresden eine Erhöhung ihrer Bezüge ge-
fordert. Doch Monate hindurch war nichts geschähen. Und
dann, gerade als man den Regierungstruppen die hohen Zu-
lagen gewährt hatte, setzte man die niedrigen Löhne der
Lazarettinsassen — noch weiter herab. Es ist leicht verständlich,
daß die Stimmung unter den zumeist schon seitwärts leicht erreg-
baren Kranken durch solche Taten auf das äußerste gereizt wurde.
Sie sahen, daß sie auf glatte Weise und durch Mägen nichts
mehr erreichen konnten, und so zogen sie in gewaltiger Demon-
stration zum Minister Reuring. Kommissionen wurden ausgesandt,
gesucht und verhandelt; es verging eine lange Zeit, die War-
tenden wurden ungeduldig, und um das Maß voll zu machen,
warf ein Beamter des Kriegsministeriums zwei scharfe
Handgranaten gegen die Demonstranten, zu
gleicher Zeit saß der Minister in ahnungsloser Verkennung
der Lage lächelnd auf die Menge herabblitzte. Nie
wird man billigen können, was darauf geschä. Doch verstehen
kann man es und erklären kann man, ein welches Maß von
Schuld gerade die Regierung selber und ihre Helfershelfer hieran
tragen.

Wir hämischer Gebärde hatte und sowohl der „Vorwärts“ wie
auch der Rote in seiner Schimpfserie vor der Nationalversammlung
vorgeworfen, daß wir keinen ausführlichen Bericht über
diesen Prozeß veröffentlicht hätten. Eine Unwissenheit ist es
nicht, gerade Mitglieder der Regierung uns solchen Vorwurf
machen, welche uns durch absichtliche Vorenthaltung des not-
wendigsten Papiers auf eine Stufe stellen mit den aus allen
Ecken hervorströmenden Missethätigen und es uns dadurch un-
möglich macht, selbst Reden, wie die Rotes, die uns nur Scharen
neuer Anhänger zuföhren könnten, nur selten abdrucken zu
können. Nichts hätte uns gelegentlicher kommen können
als gerade die Wiedergabe des Prozeßberichts im Falle
Reuring. Denn aus ihn hätten unsere Leser so manches erfahren,
was ihnen die Notwendigkeit der unerhörtesten Bekämpfung
des jetzigen Regierungssystems aufs neue vor Augen geführt
hätte. Sie hätten erfahren, wie ein Gerichtsvorstand „unpar-
teitlich“ einen derart bedeutungsvollen Prozeß zu leiten verstand,
indem er durch tendenziöse Fragen aus den Zeugen das heraus-
holte, was er gerade erfahren wollte, anstatt sie, wie stets üblich,
frei reden zu lassen. Sie hätten erfahren, wie ein Beamter des
sächsischen Kriegsministeriums, der die Handgranaten gegen die
Demonstranten geworfen hatte, vor Gericht erklärte, es tue
ihm leid, daß es keine scharfen Handgranaten ge-
wesen wären, sie hätten erfahren, wie bereits lange vor
der Demonstration der Beschluß zur Verhängung des Belagerungs-
zustandes fix und fertig im Schreibische des Ministers lag, und
wie man nur auf eine Gelegenheit wartete, und sie an den
Opfern herbeizog, um den Belagerungszustand verhängen zu
können.

Die Tucht Wilhelm Hohenzollerns.

Die konservative Presse veröffentlicht eine Darstellung über
die Vorgänge in den ersten Tagen des November 1918 im Haupt-
quartier zu Spa, für deren Missetät Generalstabchef von
Hindenburg, Generaloberst von Pflessen, Staatssekretär z. D.
von Ginde, General Reich von Marschall und General Graf
Schulenburg die volle Bürgschaft übernehmen. Diese Darstellung
trägt nicht neues. Sie deckt sich mit dem Inhalt der Den-
kschrift des Grafen von Schulenburg vom 7. De-
zember 1918, die wir am 4. April bereits veröffent-
licht haben. Es zeigt daraus hervor, daß Wilhelm von einer
Abdankung zuerst nichts wissen wollte. Hindenburg und Groener
haben ihn darin bestärkt. Noch am 8. November wollte Wilhelm
sich an die Spitze des Heeres stellen, nach Deutschland zurückkehren
und die Revolution niederwerfen. Groener sollte diese Operation
vorbereiten. Angefaßt der Tatsache, daß sich die Verbindungs-
linien, die großen Magazine aller Art sowie die im Innern ge-
legenen wichtigsten Wohnstättenpunkte bereits im Besitz der Re-
volutionäre befanden, beschloß General Groener den Plan eines
Vormarsches gegen die Heimat als aussichtslos. Hindenburg
hat sich „schweren Herzens“ diesem Urteil angeschlossen.
Wenn es also nach den Wünschen Hindenburgs gegangen wäre,
so wäre es damals zu einem entsetzlichen Bürgerkrieg in Deutsch-
land gekommen. Und dieser Mann stand mit Billigung der
Rechtssozialisten bis vor wenigen Wochen an der Spitze der
Kriegs- Generaloberst von Pflessen dagegen unterstützt Wilhelm
in der Meinung, daß ein Kompf gegen die Revolution ausreicht

auf Erfolg sein. Es fanden dann Beratungen mit den
Generalen statt, und die hatten zum Ergebnis, daß die Abdankung
Wilhelms mit Rücksicht auf die Stimmung des Heeres notwendig
sei. Wilhelm aber wollte noch wenigstens König von Preußen
bleiben. Inzwischen hatte der Reichskanzler Prinz Max die Ab-
dankung Wilhelms als deutscher Kaiser und König von Preußen
öffentlich bekanntgegeben, und nun hielt Wilhelm es auf Anraten
der Generale für geboten, nach Holland zu entfliehen.

Dem Entente-Kapitalismus genehm!

Die „Vorwärts“-Redaktion hat sich wieder mal von
Ostmann bestrichen lassen und erzählt ihren Lesern, Gen. Die
Wauer hätte hauptsächlich zurücktreten müssen, weil er der En-
tente zu radikal war. Wauer ist nämlich das, was man in
Deutschland einen „Unabhängigen“ nennt, während sein Radikal-
ger, Genosse Karl Renner, Rechtssozialist „Sozialimperialist“
und „Durchfallgeopolitiker“ ist. Mit diesem österreichischen Schei-
demann will die Entente verhandeln, mit dem österreichischen
Kauzisch nicht.

Und der „Vorwärts“ fragt ganz stolz: Werden die Unabhän-
gigen endlich begreifen, daß die Entente eine unabhängige
Friedensvermittlung — glatt herzusagen — ist?
hätte, daß die einzigen, die einen Frieden schließen könnten,
die Rechtssozialisten gewesen sind?

Ja, der Kaufmann sollte nicht die Hand verdorren, die diesen
Frieden unterföhrt? Und jetzt schon so stolz?

Aber die Geschäfte hat noch eine andere Seite. Zwar ist Otto
Bauer nicht nur wegen seines Radikalismus zurückgetreten, son-
dern weil er vor allem in der Frage des Anschlusses an Deutsch-
land von Anfang an eine sehr entschiedene Haltung eingenommen
hat, die einerseits bei den nationalliberalen Wiener Sozial-
isten in ihrer Presse, andererseits bei den französischen Sozial-
politikern heftigen Widerstand gefunden hat. Zwar ist Renner
dessen Haltung während des Krieges unsere schärfste Kritik her-
ausgefordert hat, noch lange kein Scheidemann. Denn so was wie
Scheidemann und Kautskämänner gibt es einfach in irgendeiner sozial-
istischen Partei des Auslandes nicht wieder und seit der Revolution
hat Renner durchaus sich in die Politik eingemischt, die wesentlich
durch die Linke der Partei bestimmt wurde. Das Lob des „Vor-
wärts“ ist also viel mehr kompromittierend als lobend.

Aber, worauf ist denn der „Vorwärts“ so stolz. Auf nicht
anderes, als daß seine Leute den jetzigen Entente-Imperialis-
ten und Rechtssozialisten viel lieber sind als grundsätzlicher So-
zialisten. Er vertritt sich noch mit dem Wohlwollen Elemen-
tari und da kann er wohl recht haben.

Aber kann den deutschen Rechtssozialisten etwas zu großer
er Schande gereichen als dieser Stolz?

Beidmisse des Obersten allierten Rats.

Paris, 27. Juli.
Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste alliierte Rat hat
den Vorlauf auf die deutsche Note bezüglich Ausfüh-
rung des Friedensabkommens an der deutschen Regierung
genehmigt. In dieser Antwort wird die Räumung der an
Polen abzutretenden Gebiete festgesetzt und die
Aufgabe der alliierten Kommission, die die Ausführung der
Vollstreckung in Oberschlesien kontrollieren
soll. Der Rat hat weiter die Beschränkung der
militärischen und maritimen Bewaffnung Bulgariens ge-
nehmigt, und weiter die Bestimmungen bezüglich die Ver-
schärfung der bulgarischen Internierten in den we-
stlichen Entente-Ländern. Er hat schließlich die Militärbehörden
beauftragt, Kommissionen für eine Untersuchung der Ereignisse in
Smyrna zu ernennen und den Polen und Tschecho-Slowaken
einen Abgrenzungstermin von 10 Tagen gewährt, um die Frage
von Tschern auszugleichen. Die Kommission für baltische An-
gelegenheiten hat sich mit der Lage in Estland und Kurland be-
schäftigt, die durch das Aufsteigen des Generals von der Goltz
hervorgebracht ist.

Abbruch des Streiks in Oberschlesien.

Kattowitz, 27. Juli (W. Z. N.).
In Kattowitz fanden am Sonntag erucute Verhandlungen
mit den Streikenden der Dichtwerke Chorzow und Ja-
bberge statt, nachdem vorher im Gebäude des Berg- und Hütten-
männlichen Vereins in Kattowitz Verhandlungen mit dem Arbeit-
geberverband stattgefunden hatten. Der Arbeitgeberverband hatte
alle Forderungen abgelehnt. Als dieser Beschluß der Versamm-
lung bekanntgegeben worden war, wurde zunächst die offizielle
Verhandlung abgebrochen. In diesem kritischen Augenblick
machte der Vertreter des Staatskommissars Dr. Gottschalk-Kattowitz
den Streikenden den Vorschlag, die Arbeit ungeachtet des Streiks
von Stunde wieder aufzunehmen und eine Delegation von drei
Arbeitern aus einem jeden Werke nach Berlin zum Arbeits-
minister zu entsenden. Dieser Vorschlag wurde unter der Mit-
wirkung angenommen, daß Dr. Gottschalk bereits am Montag mit
jenen sechs Arbeitern nach Berlin zum Arbeitsminister fährt. Der
Streik wurde daraufhin abgebrochen. Das Licht ist seit Sonntag
nachmittag wieder eingeschaltet.

Wahltag der schwedischen Sozialdemokratie.

Die augenblicklich stattfindenden Wahlen für die schwedische
Erste Kammer stellen nach einer Reibung der „D. N. Z.“
einen ausgesprochenen Sieg für die sozialdemokra-
tische Partei dar. Von den 150 Mandaten sind bis jetzt
119 bestet. Von diesen sind 40 in den Händen der Sozialdemo-
kratie, die damit bisher einen Gewinn von 25 Sitzen
aufzuweisen hat. An zweiter Stelle nach den Sozialdemokraten
erscheinen die Liberalen mit 39 Mandaten. Die Partei hat
bisher vier Sitze verloren. Der Verlust, den die Rechts-
extremen hat, ist jedoch noch bedeutender, nämlich 37 Man-
date. Sie hat jetzt nur 31 Sitze in der Ersten Kammer
zu besetzen vermocht. 15 der ihr verloren gegangenen Mandate
sind auf den Generarbund und Reichsbund übergegangen, zwei
Parteien, die bisher in der Ersten Kammer noch nicht vertreten
waren. Die Linkssozialisten haben drei Sitze
erobert und damit gegen die vorige Wahl einen Gewinn von
zwei Mandaten erzielt. Die in der Zweiten Kammer
bestehende absolute Mehrheit der Sozialdemokraten und Liberalen
kann nach dem bisherigen Ausfall der Wahl, der durch die noch
ausstehenden Ergebnisse kaum wesentlich verändert wird, als
gesichert gelten.

Die Untersuchung gegen Galkow wurde am Sonntag
nach einer letzten Vernehmung des Angeklagten durch den
Präsidenten des Staatsgerichtshofes beendet. Einmalig
erklären, der Prozeß werde vor Ende Oktober
zur Verhandlung gelangen.

Machtprobe der Unternehmer.

Zum Streik in den Siemenswerken.

Genosse Loß, Vertrauensmitglied des Metallarbeiterverbandes, der als Mitglied des Hauptausschusses den Verhandlungen zur Beilegung des Streiks bei den Siemenswerken beigewohnt hat, schreibt uns folgendes:

In achtstündiger Sitzung ist der Hauptausschuss der Metallindustrie zu einer Einigung nicht gekommen, weil die Frage des Preisrückfalls für die Firma Siemens nicht gelöst, daß der von den Arbeitnehmern vorgeschlagene Schiedspruch angenommen wurde. Der Hauptausschuss ist sich darüber einig gewesen, daß beiden Seiten der gute Glaube beigegeben werden müßte, dennoch hielten es die Arbeitgeber für richtig, daß sie auf Ausschussmitgliedern, die übrigen 40 Vertrauensleute der Arbeiterschaft bei Beendigung des Streiks außerhalb der Betriebe bleiben.

Da innerhalb des Ausschusses keine Einigung über beide Vorschläge erzielt werden konnte, wurden diese dem Parteirat unterbreitet. Hierbei zeigte sich mit aller Deutlichkeit, worauf die Firma Siemens hinaus will. Herr von Siemens forderte, daß er wissen will, ob die Betriebsleitung zu bestimmen habe über die Arbeiter. Er will die Entscheidung haben, ob Ruhe und Ordnung in den Betrieben herrschen soll. Weiter verlangt er, daß damit Ruhe und Ordnung einträte, die Instruktion der Betriebe herabzusetzen müssen. Ich habe mich bei diesen Anforderungen in die nächsten Tage vor dem 9. November verpflichtet. Diese Konzepte sind zu jener Zeit von den Arbeitnehmern gefolgt auf das. Sowohl Herr von Siemens, Ruhe und Ordnung soll herrschen; diese soll basieren auf der Grundlage des Mitsprachungsrechts der Arbeiter in allen die Arbeiterschaft betreffenden Fragen. Wenn Herr von Siemens allerdings glaubt, Ruhe und Ordnung auf der einseitigen Entscheidung einer Betriebsleitung aufzubauen, so hat er die Hoffnung auf die Arbeiterschaft gemacht. Der Unternehmer, der hoffentlich der Arbeiterschaft zuneigt, daß die Vertrauensleute der Arbeiterschaft bei einer ihm passenden Gelegenheit auf die Straße gehen werden können, ohne daß die Arbeiterschaft ihre Gegenmaßnahmen trifft, der Unternehmer sollte abtreten; denn es würde nur schädlich der Allgemeinheit gegenüber wirken. Streiks, wie der gegenwärtige, wären dann an der Tagesordnung. Man soll und darf sich bei diesen Streiks, wenn sie beilegt werden sollen, nicht von Grundfragen lassen, die überlebt werden, die auch für die Zukunft nicht Ruhe und Ordnung in den Betrieben herbeiführen können. Die Grundfrage des Herrn von Siemens in die Tat umgesetzt, wäre gleichbedeutend mit einem Kampf der gesamten Arbeiterschaft gegen die Unternehmer. Diesem Kampf müßten die Organisationen der Arbeiter ihre Zustimmung geben, da sich derartige Maßnahmen der Unternehmer als ein Schlag gegen die Organisationen selbst erweisen würden. In den Tagen vor dem 9. November haben die Arbeiter mit Unterstützung der Organisationen Maßnahmen von Vertrauensleuten, und diese liegen bei der Firma Siemens vor, mit allen Mitteln abzuwehren versucht. Wollte man die Arbeiterschaft jetzt erneut in dieses Verhältnis zurückdrängen, so würde das gleichbedeutend mit dem vollständigen Ruin der deutschen Volkswirtschaft sein.

Die Vertreter der streikenden Arbeiter haben, ehe der Streik ausbrach, alles Gedemüthete getan, um die bestehenden Differenzen zu beseitigen. Ist es nicht geradezu unerhört, daß wegen des Scheiterns von Blakats ein Betrieb von über 20 000 Arbeitern ruhen muß? Die Vertrauensleute und Arbeiter waren nicht anders instruiert, als daß Anschläge am schwarzen Brett die Betriebsleitung und Arbeiter rat fragen müssen. Das geht aus dem Sitzungsprotokoll vom 25. April 1919 hervor, wo die Betriebsleitung diesem Verlangen der Arbeiterschaft weitestgehende Zustimmung gab. In den Vorschlägen der Direktoren vom 23. d. Mts. heißt es aber, daß, obwohl man den entlassenen Arbeitern den guten Glauben beibringt, die Betriebsleitung die Verhandlungen nur zurücknehmen will, wenn die betreffenden Arbeiter ihre Klemme niederlegen und sich damit einverstanden erklären, zu anderen Meistern versetzt zu werden. Diese Vorschläge konnten vom Arbeiterrat nicht angenommen werden, weil diese Bedingung unannehmbar war. Aus einem Protokoll vom 28. November 1918 geht hervor, daß Entlassungen und Einstellungen ohne Zustimmung des Betriebsrats nicht stattfinden dürfen. Trotzdem werden 40 Vertrauensleute der Arbeiterschaft entlassen. Man hält dies für das beste Mittel, um Ruhe und Ordnung in die Betriebe zu bekommen. Rühret ist man allerdings sehr entsetzt, wenn die Arbeiterschaft in den Streik eintritt. Ruhe es wirklich so weit kommen? Ich denke, ehe es zu Entlassungen und zum Streik kam, hätte innerhalb des Betriebes eine Verständigung versucht werden müssen; eine Verständigung konnte auch im Hauptausschuss nicht erzielt werden, weil Herr von Siemens die Beteiligung der Arbeiter unter allen Umständen will, er ein Recht hat sich in Anspruch zu nehmen, das ihm nicht zukommt. Der von den Arbeitnehmern gemachte Vorschlag ist so weitgehend, daß man weder sagen kann, die Arbeiterschaft hätte einen Sieg davongetragen, noch Herr von Siemens wider unterlegen.

Die Arbeiter kämpfen um die Aufrechterhaltung ihrer Rechte. Herr von Siemens um sein Prestige, wenn, wie aus seinen Erklärungen zu entnehmen ist, nicht andere Gründe zugrunde liegen. Wenn je ein Streik aus reinlichen Ursachen entstanden ist, ist dieser. Wenn von Herrn von Siemens nicht ein Nachhaken werden soll, dann müßte der Streik in aller nächster Zeit erledigt sein. Ruhe und Ordnung aber wird einwirken in den Betrieben, wenn dieser Streik erledigt wird. Eine die Rechte der Arbeiter angreifende, dies viele die beste Grundlage, um künftigen vorkommenden Fällen entgegenzuwirken, dann wird eine Verständigung mit der Arbeiterschaft möglich sein. Am heutigen Nachmittag um 3 Uhr legt der Schiedsgerichtsausschuss. Ich hoffe, daß dieser den Weg finden wird, der die Beilegung des Streiks herbeiführt.

Wer wollte den Konflikt?

Man anderer Stelle wird uns noch geschrieben: In einer wichtigen Angelegenheit gegen das provisorische Vorhaben der Unternehmer gestellten sich die Verhandlungen mit den Industriellen vor dem Hauptausschuss, die am Sonnabend stattfanden. Es ging daraus klar hervor, daß die Arbeiterschaft keine Möglichkeit zu Verhandlungen herabzugeben lieh, während die Generaldirektion ebenso

wie die Direktion der einzelnen Werke bei jeder Gelegenheit erkennen lieh, daß mittels Provokationen auf Verreiben des Verbandes der Metallindustriellen an den Arbeitern der Siemenswerke ein Exempel statuiert werden sollte. Es muß hier ausdrücklich festgestellt werden, daß die Streikleitung erst am Montag mit der Ausgabe der Streikfahnen beginnt, da die Arbeiterschaft infolge ihrer Verhandlungsbereitschaft durchaus nicht mit einem solchen Kampf rechnen. So sind die Arbeiter des Wernerwerkes nicht sofort in den Streik getreten, sondern haben positive Ratschläge gelehrt, um die Möglichkeit zu Verhandlungen offen zu lassen. Im Kleinbaumwerk hatten die Arbeiter keinen Streikbeschluss gefaßt, da mit der Direktion des Werkes vereinbart worden war, daß die Gemahrezeiten im Betriebe bleiben sollen. Diese Vereinbarung wurde jedoch auf Anweisung der Generaldirektion zunächst gemacht. So fanden überall in den einzelnen Werken Verhandlungen statt und sollten diejenigen, die die Partei entsetzt haben, nach Meinung der Unternehmer sofort entlassen werden. Es sind deutliche Hinweise vorhanden, daß die Generaldirektion bei ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft auf Weisung der Metallindustriellen handelt. Bei den Verhandlungen haben die Vertreter der Siemens-Direktion auch ziemlich unverhüllt ihren Standpunkt zum Ausdruck gebracht. So erklärte Herr von Siemens, daß es nach seiner Meinung keine Arbeiterräte, sondern nur noch Arbeiterausschussmitglieder gäbe. Herr v. Eiden gab zu, daß eine Vereinbarung über die Unterzeichnung von Anschlägen durch Direktion und Arbeiterrat bisher behandelt habe, daß dieselbe aber aufgehoben werden müßte.

Die angeforderten Aufforderungen, am 21. Juli zu arbeiten, sollten die Arbeiter probieren. Der Beweis ist geliefert dadurch, daß Angestellte und Meister beauftragt wurden, aufzupassen und sofort diejenigen, die diese Anschläge abtrien, namhaft zu machen. Bei den Verhandlungen wollten die Direktoren nicht davon gerührt haben, und versuchten alles auf die Obermeister abzuschieben. Interessant war auch die Reue der Direktoren, daß der gemäßigte Verhandlungsführer Labasse aus dem Betrieb heraus müsse, und wenn es ihn 20 000 Mark kosten würde. Hier ist also die Maßregelung offensichtlich.

Daß von den Schwarzmachern systematisch vorgegangen wird, beweist ein Zirkular, in dem der Verband der Metallindustriellen seine Mitglieder, die Unternehmer, auf die §§ 133 und 135 der Gewerbeordnung hinweist und gleichzeitig empfiehlt, bei passender Gelegenheit die Arbeiter rechtzeitig zur Wiederaufnahme der Arbeit auszufordern. Es wird dabei der Standpunkt vertreten, daß bei Fortbleiben von der Arbeit die sofortige Entlassung berechtigt ist, auch wenn die Arbeiter innerhalb einer Woche zur Arbeit zurückkehren. Die Herren Direktoren wollten auch davon keine Kenntnis besitzen, daß schon Entlassungsarten zu Tausenden festgelegt waren.

Die Siemenswerke, soviel steht bis jetzt fest, sollten also vom revolutionären Geist der Arbeiterschaft freigemacht werden, um eine neue Hochburg der Welten zu errichten.

In der Zeit vor dem Streik waren bereits die Siemensbetriebe Brut- und Jagdstätten der Gelben. Durch diese geschlossene Abwehrbewegung haben die jetzigen Siemensarbeiter sich glänzend rehabilitiert und innerhalb der gesamten Arbeiterschaft Achtung verschafft.

Der Stand der Bewegung.

Am Streik sind bis jetzt außer der Arbeiterschaft aller Siemens-Werke die Kassenmonteure, sowie das Reinigungs- und Maschinenpersonal beteiligt. Die Angestellten, die den Streikenden volle Sympathie entgegenbringen, verhalten sich abwartend und haben noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Um eine spätere Rohlegung der Werke infolge Kohlenmangels zu vermeiden, läßt die Streikleitung die Kohlenzufuhr fortsetzen und hat dazu notwendige Personal freigegeben. Die weiteren Maßnahmen der Streikleitung werden davon abhängen, ob sich infolge des Verhaltens der Unternehmer die Bewegung veräußert.

Am Sonntag vormittag beschäftigte sich eine Konferenz sämtlicher Funktionäre von den Werken des Siemens-Kongerns mit dem gegenwärtigen Stand der Bewegung. Im Anschluß an einen ausführlichen Bericht über die am Sonnabend im Hauptausschuss stattgefundenen Verhandlungen, deren Ergebnis wir in der gestrigen Sonntagsausgabe bereits mitgeteilt haben, schilderte Neumann vom Volksgaue die willkürliche Beschäftigung in den Sonnabend-Verhandlungen des Hauptausschusses durch den Vorsitzenden v. Vorhies, dessen subjektiv und irreführend vor Schluss der Verhandlungen fertig war und die übrigen Unternehmer stark beeinflusste. Durch ähnliche Reden und Mißverständnisse wurden dort die Vertreter der Arbeitnehmer fortwährend unterdrückt. Das Erscheinen der Hauptarbeitsratgeber Lebe die Unternehmer sehr unangenehm berührt, sei aber angefaßt der Maßregelung von Arbeiterräten durchaus notwendig gewesen. Die Arbeiter sprechen von Betriebsräten, die Unternehmer dagegen heid nur von Arbeiterausschussmitgliedern. Bei die darin liegende Tendenz sollten die Arbeiter genau achten und diesen Anschlag des Unrechtmertums, der in der Siemenswerken verübt und dann auf die anderen Betriebe übertragen werden sollte, durch ihre geschlossene Abwehr zunächst wehren.

Die bürgerliche Presse, unter dem Einfluß der Schwarzmacher heid, versucht in üblicher Weise die Tatsachen zu verdrehen. Ein solcher Versuch wurde durch Annahme folgender Resolution zurückgewiesen: Die Vertrauensleute des gesamten Siemenskongerns protestieren gegen die am Freitag, den 25. Juli, im Berliner Tageblatt von Herrn v. Siemens gemachten unwahren Behauptungen. Unsere Abwehrbewegung steht in keinem Zusammenhang mit der Angelegenheit der Schiede. Wir haben keine Forderungen aufgestellt, haben aber das Empfinden, daß uns die Unternehmer den Kampf aufzwingen haben, um unsere Einkünfte in kommenden Verhandlungen zu erschüttern.

Es wurde noch mitgeteilt, daß, nachdem noch am Sonnabend während der Verhandlungen Direktor Oppenheimer die vorgenannten Entlassungen inhibieren ließ, am Sonntag vormittag die Angestellten des Kleinbaumwerkes damit beschäftigt waren, die Entlassungen auszuschreiben.

Die Konstellation des Arbeiterwerkes der Siemens-Schiede-Werke haben in einer am 24. Juli angenommenen Entschließung den Arbeitern ihre volle Sympathie zum Ausdruck gebracht und versprochen die Aktion der Arbeiter in geeigneter Weise zu unterstützen.

Zum Streik der Telegraphenarbeiter.

Die am Sonnabend von der Streikleitung angestrebten Verhandlungen mit der Oberpostdirektion sind erst Sonntag vormittag zustande gekommen. Die von den Streikenden aufgestellte Kommission konnte mit Genehmigung freistellen, daß die O. P. D. von ihrem harten Herrenstandpunkt wesentlich abgerückt ist und sogar erklärte, dem Reichspostminister zu empfehlen, Frieden zu schließen. Die ankündigende Antwort des Reichspostministers wird im Laufe des heutigen Tages eintreffen. Die Streikleitung gibt sich der Hoffnung hin, daß dieselbe so ausfallen wird, daß der Streik beilegt werden kann. Im anderen Falle ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß sich die Bewegung von morgen an über das ganze Reich ausbreiten wird. Aus Wien ist ein Telegramm eingelaufen, worin die vollste Sympathie und jegliche Unterstützung von Seiten der österreichischen Kollegen ausgedrückt wird.

Eine Versammlung der Postboten und Kustodianen, die gestern nachmittag im Gewerkschaftshaus stattfand, sprach den Telegraphenarbeitern einstimmig ihre Sympathie aus und forderte die Wiederherstellung der Entlassenen. Gegebenenfalls werden sie den Streik unterstützen.

Trotz! Telegraphenarbeiter!

Am Montag, den 28. Juli, abends 7 Uhr, Arbeit eine große Versammlung aller Telegraphenarbeiter, Postarbeiter und Kustodianen, im Großen Saal der Schulstraße-Stranera, Gasse 22, 1. St. Eintraktanten werden durch die Kollegen vorbestimmt angegeben. Erscheint in Massen.

Gewerkschaftliches.

Maßregelungen im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin.

Seit dem 3. Juli sind in Berlin 1140 Eisenbahner einseitig befristet ausgesperrt. Der Grund ist, daß dieselben am genannten Tage bis zur Beendigung ihrer Dienstzeit die Arbeit nicht aufgenommen haben; was sehr vielen bei den damaligen Verhältnissen nicht möglich war. Seit 8 Wochen sind die Bedauernswerten mittelst auf die Straße geworfen, da ihnen die Auszahlung der üblichen Kündigungsfrist verweigert wird, und sie keine Gewerkschaftenunterstützung erhalten. Man schneidet also den Betroffenen und ihren Familien jeden Lebensaden ab.

Was gedenken die Vorstände der Gewerkschaften zu tun, um diesem reaktionären Vorgehen der Eisenbahndirektion entgegenzutreten? Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes mit seinen 400 000 Mitgliedern müßte doch so viel Einfluß bei dem Herrn Minister Oeder haben, daß der Streik gerügt werden wird, bevor die davon Betroffenen mit ihren Familien verhungern sind.

Auch unter den Graveuren und Bismonten, die infolge ihrer beruflichen Verhältnisse bisher dem revolutionären Fortschritt drängen der Arbeiterschaft nach fernstanden, geht sehr der Zug nach links. Das beweist die letzte Brandenburger Versammlung, die am Donnerstag abend im „Pfälzischen Hof“ stattfand. In der Diskussion über die Reichsleitung der nach Magdeburg am 20. Juli einberufenen Reichskonferenz der Graveure und Bismonten wurde auch die jetzige politische Situation sowie die bevorstehende schwere Krise in der Metallindustrie Groß-Berlins ausführlich besprochen und weit darauf gelegt, daß Kollegen nach Magdeburg geschickt werden, die im Sinne der revolutionären Arbeiterschaft wirken und auf dem Boden des Rätekommunismus stehen. Wenn die Konferenz auch nur eine Verbesserung darstellen soll, so sei für die Berliner Kollegen ein Delegierter zu wenig. Es wurde beschlossen, zwei Kollegen nach Magdeburg zu entsenden und die Kollege für den zweiten Delegierten, falls diese nicht von der Oberverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes getragenen werden sollten, durch Sammlung innerhalb der Branche aufzubringen. Als Delegierte wurden die Kollegen Lohse und Manfisch (beide U. S. P.) gewählt. — Die Kritik an der Brandenburger und dem Auslande, daß der Kollege Thierow durch sein Mandat in der Reichskonferenz an der Spitze als Brandenburger bedingt werde, führte zur Annahme eines Antrages, daß sich in der nächsten Brandenburger Versammlung die gesamte Brandenburgerleitung zur Neuwahl stellen soll. Am Schluß wurde auf die bevorstehende Wahl und die notwendige Erhöhung der Beiträge hingewiesen.

Groß-Berlin.

Regierungssoldaten als „Hochschüler“.

Die Regierungssoldaten müssen sich jetzt zu allen möglichen Dingen gebrauchen lassen. Sogar in die Parteipresse an der Universität werden sie hineingeworfen, aber nicht, um dort zu lernen, sondern um Rärm zu machen und gegenwärtige Meinungen ihrer Auftraggeber zu erwidern. So wird uns folgender Fall mitgeteilt:

Als am Freitag abend die „Internationalistische Studenten-Gruppe“ in der Universität einen Parteitagabend veranstaltete, dessen Referat mit dem Thema „Nationale Einheit und Kultur“ Herr Rudolf Koster übernommen hatte, erwiderten, offenbar von den deutschnationalen Studenten benachrichtigt, ostentativ etwa fünfzig schwer bewaffnete und mit Revolvern ausgerüstete Postkarabinieri und verteilten sich gleichmäßig über den ganzen Saal und die Galerie. Unter Leitung von Offizieren hörten sie ohne Unterlaß die Verhandlung und erhoben ein Misswollen andauerndes Geseife, als ein Disziplinardelict eines Angehörigen des deutschen Abtes, die vor ihm gesprochen hatte, wegen ihrer Ausfälligkeiten angriff. Als der Rärm seinen Höhepunkt erreicht hatte, wurden von der Galerie fünf Schüsse durch die Soldaten abgefeuert, die Studentenpartei in muna ergangen sollen. Schließlich verließen einige deutschnationalen Studenten, den betreffenden Disziplinardelict und den Versammlungsführer zu fordern, was aber an der feierlichen Stimmung beider Parteien.

Die Deutschnationalen fühlen sich schäblich nicht nur genug, allein ihre Rammereien auszuüben, und so erwidern und erhalten sie militärischen Schutz. Wird der Kulturminister hoffentlich die nötige Energie finden, um dafür Sorge zu tragen, daß die Fälle unserer Hochschulen vor solchen Ereignissen bewahrt bleiben?

Maßnahmen der Stadt Rantien zur Lösung der Rantienwahl, fahrt durch Einrichtung von Rantienstellen. Das für die Gewerkschaftspflege unserer Volkswirtschaft bedeutungsvolle Rantien und Veranlassungen hat die Stadtgemeinde Rantien in der Rantienstraße 118 durch geeigneter Bekämpfung der Rantien, das Rantienamt und der Rantienstellen erachtet. In der Rantienstraße für Ungenügend finden Rantien und Rantien von 3-5 Uhr und Dienstags, Mittwochs und Donnerstags von 5-7 Uhr Rantienstellen hat. Die Rantienstellen für Rantienstellen ist für Männer Dienstags von 7-8 Uhr abends, für weibliche Rantien Dienstags von 7-8 Uhr

Die Kinderfürsorge des Sommerhalbes von 6-7 Uhr

Lebensmittel für Infizierte Frauen in der Dreifach-Station, Bahnhofstraße 15, abgegeben werden.

Aus den Gemeinden.

Synoden. Die letzte Stadtsynodenversammlung wurde am 15. d. M. im Saal des Stadtsynagogen...

Lebensmittellieferanten.

Schlüterberg. Vom 1. bis 15. August auf Abschnitt 202 u. 203... Lebensmittelkarte...

Lebensmittelkarte. Auf Abschnitt 41 der Lebensmittelkarte...

Lebensmittelkarte. Es sind auf Abschnitt 31 der Lebensmittelkarte...

Lebensmittelkarte. Auf Abschnitt 27 der Lebensmittelkarte...

Lebensmittelkarte. Auf Abschnitt 27 der Lebensmittelkarte...

Aus den Organisationen. Letzte Woche wurde die Jugend-Ordnung...

Aus den Organisationen.

Letzte Woche wurde die Jugend-Ordnung der Arbeitervereine...

Briefkasten.

M. G. Die haben sich schon vor nur noch bis zum 21. August...

Bereinstellender.

Zeitschriftenverein 'Naturfreunde'. Dienstag abend 8 Uhr...

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielepp. Berlin...

Auch die sauberste Mutter

Es der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Kind aus der Schule gelegentlich Ungezieser mitbringt...

Theater und Vergnügungen. Volkshöhne, Theater am Gendarmenmarkt...

Berliner Prater. Kastanien-Allee 7-9. Noplin's Bummelfahrt...

Stenji du das Land, wo die Gärten stehen? Hast du den kleinen Spreewald schon gesehen?

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin, N. 54, Minusstr. 83-85...

Mittwoch, den 30. Juli, abends 5 Uhr. Versammlung aller in der Gold- und Silberwaren-Industrie...

Königgrätzer Straße. Komödienhaus. an der Marschallbrücke. Hauptrolle Lucie Hüblich...

Ballschmieders Variété-Garten. Welsensor Sommer-Theater. Französischer Promenade 6-8...

Wann? Bald! In der Schönwiese. Tel.: Friedrichshagen 65. Jeden Sonntag Tanz.

Glühlampenwerk. Siemens & Halske. Charlottenburg, Heinersdorfer Str. 43...

Genossen! Vergeßt niemals die 'Freiheit' als diejenige Zeitung zu nennen...

Neues Operettenhaus. Abends 7 Uhr 15 Min. Die Dame vom Circus...

TRAURINGE. DUKATENGOLD 600. 14kar. Gold 885 gestempelt, 8kar. Gold von M. 19,75 an...

Die Sozialisierung 'von unten auf'. 1. Sozialismus. 2. Die Konsumgenossenschaften...

Genossen! Vergeßt niemals die 'Freiheit' als diejenige Zeitung zu nennen...

Residenz-Theater. Untergrund. Klosterstraße. Ausang Sinalauer Straße...

Spezial-Arzt. Dr. med. Hans und Franzosen. Lelid, Salvaan-Korea, Uria und Disinteraktionen...

Heil-Anstalt 'Lüser'. Münzstraße 9. 9-1, 4-8. Harn- u. Blasenkrankheiten...

Die Kleinen Anzeigen der 'Freiheit' sind am wirksamsten im Abendblatt...

Der gute Ruf. von Hermann Sudermann. Schauspiel von Sudermann. Regie: Alfred Rotter...

Verschiedenes. Rechts-Ankunft. Invalidenstraße 134. Straßsack, Ethesachen, Alimenter...

III Geld III. Dr. med. Grötering. Invalidenstraße 35. E. Chausseestr. 2. Seit 1917...

Die Kleinen Anzeigen der 'Freiheit' sind am wirksamsten im Abendblatt...

National-Theater. Familie Mannemann. Wintergarten. Variétévorstellung. Elite-Sänger. Bühnen-Konzert...

Rechts-Ankunft. Invalidenstraße 134. Straßsack, Ethesachen, Alimenter...

III Geld III. Dr. med. Grötering. Invalidenstraße 35. E. Chausseestr. 2. Seit 1917...

Die Kleinen Anzeigen der 'Freiheit' sind am wirksamsten im Abendblatt...

Kupferdrähte. Kabel, Litzen für Auslandsbedarf...

Kupfer. Metallschmelze Coha. Kaiser-Friedrich-Str. 229...

Messing. Kupfer. Metallschmelze Coha. Kaiser-Friedrich-Str. 229...

Piano. Topplett u. Gardinen. Gegendelphäde. Zehdenicker Straße 15...

Pianos. Topplett u. Gardinen. Gegendelphäde. Zehdenicker Straße 15...

Pianos. Topplett u. Gardinen. Gegendelphäde. Zehdenicker Straße 15...

Pianos. Topplett u. Gardinen. Gegendelphäde. Zehdenicker Straße 15...

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.